

Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: www.die-soziale-bewegung.de

Email: info@die-soziale-bewegung.de



Rundmail

7. September 2015

„Haltet den Dieb!“ und Bundeskonferenzen von ver.di und IG Metall: Anträge zu unseren Forderungen - TTIP-Endspurt für den 10.10.!

**Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

bei den kommenden Bundeskonferenzen von ver.di und IG Metall im September und Oktober wird es Anträge zur Steuerfreiheit des Existenzminimums geben.

Wir möchten Euch in dieser Rundmail auch weitere wichtige Punkte mitteilen:

- 1. Antrag 1.006 auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag Mitte Oktober in Frankfurt/M**
- 2. Antrag beim ver.di Bundeskongress Ende September in Leipzig**
- 3. TTIP 10.10. Berlin: Mobilisierungsendspurt und Anmeldungen zur Anreise in DGB-Bussen**
- 4. Nächstes 66. bundesweites Treffen des ABSP am 17. Oktober in Magdeburg und Protokoll des vorigen Treffens vom 8. August**
- 5. Hintergründe: „Haltet den Dieb!“**

1. Antrag 1.006 auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall (Oktober in Frankfurt/Main)

Wir können heute mitteilen, dass nach dem Bundesparteitag der Linken nun auch auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall (18. bis 24. Oktober) über einen Antrag zur Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns beschlossen werden wird:

„Für die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns!

Für eine drastische Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer

1.006 Antragstellerin/Antragsteller:

508 VS Süd-Niedersachsen-Harz (VS=Verwaltungsstelle, Anm. Kokreis)

Der 23. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

dass die IG Metall die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns fordert. Die Steuerfreiheit des Monatsbruttolohns mit jeweils aktuellem gesetzlichem Mindestlohn als offiziellem Existenzminimum eines alleinstehenden Vollzeitbeschäftigten ist umzusetzen durch die entsprechende Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer und die vollständige Steuerbefreiung der Sozialversicherungsbeiträge. Dadurch kämpft die IG Metall gegen die Überbesteuerung aller Erwerbstätigen.“

Verbreitet diese Information bitte möglichst weit. Es wäre ein großer Fortschritt zum Erreichen all unserer Ziele, wenn auch die IG Metall sich unserer Position anschließen würde, dass auch das Existenzminimum der Erwerbstätigen geschützt werden muss.

Mehrere MitstreiterInnen werden in der Zeit des Gewerkschaftstags in Frankfurt/Main direkt vor Ort sein. Für Rückfragen und Koordination, z. B. wenn Ihr Euch ebenfalls an der Verteilung von Informationen an die Delegierten vor Ort beteiligen wollt, meldet Euch bitte unter der Tel.-Nr. 0179 672 9724 (oder Festnetz: 0551 20 190 386) bzw. per E-Mail edgar.schu@die-soziale-bewegung.de.

Der Jagd nach immer höheren Renditen muss ihre Grenze spätestens da aufgezeigt werden, wo das Existenzminimum angegriffen wird. In Deutschland wird es unterhalb von 10 Euro pro Stunde steuerfrei und unterhalb von mindestens 500 Euro Hartz-IV-Eckregelsatz systematisch verletzt.

2. Antrag auf dem ver.di Bundeskongress (September in Leipzig)

Auch auf dem Bundeskongress von ver.di (20. bis 26. September) wird es einen Antrag zum Thema Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns geben.

Wir werden Euch auf dem Laufenden halten, sobald wir dazu weitere Einzelheiten wissen.

Teilt uns bitte mit, wenn Ihr vor Ort mitwirken möchtet, damit möglichst viele Delegierte erreicht werden. Auch hierzu bitten wir um Kontaktaufnahme mit Edgar Schu (Kontaktdaten siehe Punkt 1. IG-Metall-Gewerkschaftstag).

3. TTIP 10.10. Berlin: Mobilisierungsendspurt und Anmeldungen zur Anreise in DGB-Bussen

Wir können Euch nun verbindliche Informationen zur Mobilisierung und Anreise zum 10. Oktober in Berlin geben:

„Sämtliche Gewerkschaftsmitglieder, deren Familien und Freunde melden sich bei den DGB-Büros vor Ort, auch telefonisch, um sich verbindlich zur Mitreise am 10. Oktober nach Berlin anzumelden.“ Dies sind unsere Informationen zur Anreise, die wir bei lokalen Mobilisierungstreffen von DGB-Sekretären bekommen haben. Auch die Information, wie man mitreisen kann, kann jede Person ohne Probleme bei jedem DGB-Büro vor Ort erfahren.

Lasst uns durch unsere vereinten Anstrengungen die Großdemo in Berlin zu einem großen Mobilisierungserfolg werden. Beteiligt Euch an den großen Mobilisierungsbündnissen bei Euch vor Ort!

Es handelt sich bei den Abkommen TTIP, CETA und TiSA um Abkommen, die, wenn sie tatsächlich beschlossen werden, nationalen Parlamenten faktisch verbieten werden, gesetzliche Verbesserungen im Sinne der Lohnabhängigen einzuführen. Konzerne hätten dann die Möglichkeit, nach deren Darstellung verloren gegangene, erwartete Gewinne einzuklagen. Dies tut zum Beispiel schon jetzt aufgrund ähnlicher, auf weniger Punkte beschränkter Abkommen, der schwedische Energiekonzern Vattenfall in mehreren gegen die Bundesrepublik gerichteten milliardenschweren Schadensersatzklagen. Dem Konzern gingen nach seiner Darstellung wegen der politisch beschlossenen Abschaltung von Atomkraftwerken erwartete Gewinne verloren. Das Dienstleistungsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement) soll durch die Maßgabe, dass grundsätzlich sämtliche öffentlichen Dienstleistungen, Krankenhäuser, Energieversorgung, Entsorgung, Versorgung der Kantinen von Schulen usw. öffentlich ausgeschrieben werden müssen und schon einmal durchgeführte Privatisierungen nicht rückgängig gemacht werden dürfen, dafür sorgen, dass grundsätzlich alles in privaten Händen landen wird. Regulierungsräte, wie sie schon jetzt der griechischen Regierung verbieten, Gesetze „einseitig“, d. h. ohne Erlaubnis der EU-Institutionen zu beschließen, sollen für die EU-Länder und die USA eingerichtet werden. Diese Abkommen müssen durch gemeinsamen, massiven Protest gestoppt werden.

4. Nächstes, 66. bundesweites Treffen des ABSP am 17. Oktober in Magdeburg

Wir möchten Euch jetzt schon zu unserem nächsten Treffen herzlich einladen. Reisekostenerstattung wie üblich bis zu 75 % der Euch tatsächlich entstehenden Kosten. Nutzt bitte möglichst preiswerte Reisemöglichkeiten (meist Wochenend- oder Ländertickets) und bildet Fahrgemeinschaften. Genauen Zeit und Ort werdet Ihr in der nächsten Rundmail erfahren.

Im Anhang findet Ihr den Protokollentwurf des vorigen Treffens vom 8. August in Magdeburg.

5. Hintergründe: „Haltet den Dieb!“

Mit ihren Forderungen 500-10 (steuerfrei) stehen die Sozialproteste an der Seite fast der gesamten Bevölkerung: Rücksichtslos presst das Kapital - also Unternehmen und Reiche - die gesamte Gesellschaft aus. Sogar das Existenzminimum der Erwerbstätigen wird besteuert, während das Kapital einen immer winzigeren Teil der Gesamtsteuerlast trägt.

Genau hierdurch ist zu wenig Geld in den öffentlichen Kassen. Aber es wird laut gerufen: „Haltet den Dieb!“ Wer das ruft, ist der Dieb.

So haben anlässlich der Tarifaueinandersetzung um die Sozial- und Erziehungsdienste, der Kita-Beschäftigten usw. ausgerechnet die BürgermeisterInnen der Parteien, die für die niedrige

Besteuerung des Kapitals durch ihre Entscheidungen in Bundestag und Bundesrat verantwortlich sind, behauptet, dass für die „vielen Flüchtlinge“ sehr viel Geld hätte aufgewendet werden müssen und dass „nun“ kein Geld mehr vorhanden sei. Es ist empörend, wie versucht wird, die eine Bevölkerungsgruppe, die darum kämpft, dass ihre Arbeit höher bezahlt wird, gegen eine andere Bevölkerungsgruppe, die aus Krieg und Elend geflüchtet ist, auszuspielen.

Dabei wird gelogen, dass sich die Balken biegen: Es ist doch nicht erst seit Kurzem zu wenig Geld in den öffentlichen Kassen! Seit Jahrzehnten verarmen die Kassen vor allem, weil das Kapital immer weniger Steuern zahlen muss.

Statt diesen Umstand zu erwähnen und zu korrigieren, werden immer neue Sündenböcke medial aufgebaut und durch die Politik präsentiert. Erwerbslose, Flüchtlinge, wer sind die nächsten?

Indem aber gefordert wird, dass die Überbesteuerung der Erwerbstätigen zurück genommen werden soll, wird der Weg für die Wiederanhebung der Steuern auf Kapital frei gemacht – die Unterstützung des Rests der Bevölkerung hierfür kann so gewonnen werden.

Es kann wieder mehr Geld eingenommen werden für alles, was notwendig ist: Für mehr Stellen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst, für eine drastische Erhöhung des Hartz-IV-Eckregelsatzes, genügend sozialen Wohnungsbau, für gut ausgestattete öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken, öffentliche Verkehrsmittel zu bezahlbaren Preisen, eine Rücknahme der schändlichen Privatisierungen der letzten Jahrzehnte usw. Den schlanken Staat von heute können sich nur die Reichen leisten. Wir können und wollen ihn uns nicht mehr leisten!

Seit 2009 hat das ABSP mit seiner Arbeit für die Bündnisplattform 500-10 (steuerfrei) die Verteidigung des Existenzminimums in jeglicher Beziehung zum Schwerpunkt seiner bundesweiten Kampagnenarbeit gemacht. In allen 16 Bundesländern haben Initiativen und Organisationsgliederungen sich für dieses Anliegen in Aktionen auf der Straße und Diskussionen in den Organisationen eingesetzt. Diese Mühen tragen immer mehr Früchte. Und der Erfolg soll der gerechte Lohn sein.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Hans Levy, Sabine Podewin, Volker Ritter, Tommi Sander, Robert Schmiedl, Edgar Schu, Dieter Weider, Walter Michael Wengorz, Helmut Woda

Kontaktdaten aller Kokreismitglieder:

<http://www.die-soziale-bewegung.de/kontakt.html>

Vernetzungsbüro: Edgar Schu, edgar.schu at die-soziale-bewegung.de, Tel.: 0551 20190386 und Sabine Podewin, soaev at jpberlin.de

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de